



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/X/194 - 24.8.1955

Hinweise
auf den Inhalt:

Um die gerechte Beteiligung am Mehrertrag	S. 1
Sudan-Aufstand, politisch gesehen	S. 3
Laufbahnbeamte und Berufssoldaten im Verteidigungs- ministerium	S. 5
Deutschlands modernste Stadt entsteht	S. 6

Die Lohnbewegung

sp - Die Gewerkschaften haben im Juli für zwei Millionen Arbeitnehmer die Lohnstarife gekündigt, nachdem Ende Juni bereits Verhandlungen über den Abschluss neuer Tarife für rund 650 000 Arbeitnehmer in Gang gekommen waren. Davon abgesehen, wurden seit Ende Mai für rund 800 000 Arbeiter und Angestellte Tarifverträge neu abgeschlossen. Dabei ist eine durchschnittliche Lohnerhöhung von 5,2 % gegenüber einer durchschnittlichen Forderung von 10,3 % erreicht worden.

Gemessen an dem Lohnniveau der Bundesrepublik, das ja gewiss nicht von den Paradedfordern in Gestalt einiger Übertarife zahlender Unternehmungen bestimmt wird, und gemessen an den Ergebnissen mancher ausländischer Lohnbewegungen, sind das recht bescheidene Forderungen und noch bescheidenerer Erfolge. Die Zugeständnisse stehen auch in keinem Verhältnis zu den mit jahrelangen Lohnverzicht und Überpreisen finanzierten Investitionen, die die Produktivität der Industrie inzwischen beträchtlich erhöht haben. Die ungewöhnlich gute Beschäftigungslage hat ausserdem in den letzten 12 Monaten in fast allen Zweigen der Wirtschaft die Kosten beträchtlich gesenkt. Nur zu einem Teil fanden dabei die steigenden Erträge ihren Ausdruck in einer sehr beachtlichen Dividendenerhöhung. Eindeutiger noch geht die verbesserte Ertragslage aus der Entwicklung der Investitionen selbst hervor. Diese nahmen im laufenden Jahr noch einmal um 25 % zu, das Massenein-

kommen, in das sich, entsprechend der natürlichen Bevölkerungsbewegung, immer mehr Menschen teilen, stieg hingegen nur um reichlich 9 %.

Die jetzt anlaufende Lohnbewegung wäre angesichts dieser Entwicklung der Unternehmereinkommen schon früher fällig gewesen. Was z.Zt. an Investitionsplänen läuft, bedarf einer gewissenhaften Prüfung, ob es sich nicht um Fehlinvestitionen handelt, die in einer Überschätzung der Konjunkturbeständigkeit eingeleitet werden. Lohnerhöhungen sind wohl die einzige Form der Ertragsregelung, die zu keinem volkswirtschaftlichen Fehlinvestitionen führt, denn sie stärken die Absatzchance, sorgen für die Ausweitung der Märkte und für die Rationalisierung der Produktionsmittel.

Die augenblickliche Lohnbewegung hat nicht das geringste mit den Preisen zu tun. Wenn die Bundesregierung sich jetzt Gedanken darüber macht, wie sie das Preisniveau senken kann, so kann mit solchen Bemühungen, deren Erfolg abzuwarten bleibt, dem Arbeitnehmer nicht sein Recht auf Beteiligung am Mehrertrag abgekauft werden. Dies scheint jedoch der Zweck der von Vizekanzler Blücher geplanten Aktion "Preissenkung statt Lohnerhöhung" zu sein.

Bei allen diesen Überlegungen müssen zwei weitere Tatsachen berücksichtigt werden,

- 1.) dass die Forderung nach einer 40-Stunden-Woche, die jetzt so stark in den Vordergrund des allgemeinen Interesses rückt, nicht ohne weiteres als ein fester Bestandteil der eigentlichen Lohnbewegung angesehen werden kann, wenn sie auch damit eng zusammenhängt und
- 2.) dass die vorgesehene Schaffung einer Koordinierungsstelle für die Durchführung des Aktionsprogramms beim Vorstand des DGB die bis heute noch bestehende Tarifhoheit der einzelnen Industriegewerkschaften erheblich einschränken würde.

Die von den Gewerkschaften geführte Lohnbewegung hat mit den in den letzten Tagen in Hamburg und Kassel ausgebrochenen Streiks nichts zu tun. Die Hintergründe dieser beiden "wilden" Aktionen sind noch nicht eindeutig geklärt. Es wäre nicht der erste Fall, in dem die Kommunisten eine bona fide-Lohnbewegung zum Anlass für Einzelaktionen nehmen, um sich wieder einmal etwas in Erinnerung zu bringen. Immerhin - auch so gesehen entbehren die Aussätze gerade angesichts der bevorstehenden Moskareise des Bundeskanzlers nicht einer gewissen pikanten Note.

Hintergründe einer Meuterei

E.A., London

Die Meuterei, die am 18. August im südlichen Sudan ausbrach und inzwischen ihr Ende gefunden zu haben scheint, kam nicht wie ein Blitz aus heiterem Himmel. Sie war von langer Hand vorbereitet. Sie brach in einem Augenblick aus, in dem Truppenbewegungen wegen der Regenperiode schwierig waren. Sie erfolgte zum ungelegensten Zeitpunkt für die sudanesishe Regierung in Khartoum, nämlich kurz vor der Erlangung der vollständigen Selbständigkeit, während die noch verbliebenen britischen und ägyptischen Truppen sich zum letzten Abmarsch vorbereiteten.

Die tiefere Ursache, die dem Aufstand der südlichen Stämme und der aus ihnen rekrutierten Soldaten des Äquatorial-Bataillons zugrunde lag, besteht in dem tiefgehenden Misstrauen der heidnischen Negerbevölkerung gegen die moslemitische arabische Bevölkerung des nördlichen Sudans. Man erinnert sich im Süden noch zu gut der Zeiten, wo die Väter von den Sklavenjägern aus dem Norden aus ihren Wäldern weggeführt wurden. Erst das britisch-ägyptische Kondominium hatte die Sklavenjagden beendet. Die dauernde Selbstzerfleischung der sich gegenseitig befehdenden Stämme hörte auf. Unter britischer Verwaltung vermehrten sich die Bevölkerung, der Viehbestand und das bebaute Land.

Dem Abzug der britischen Kommissare aus dem Süden folgten die aus Khartoum kommenden Verwaltungsbeamten. Sie waren Araber, Moslems, Städter und ausserdem unerfahren in der Behandlung einer rückständigen Negerbevölkerung, die sie mit Misstrauen empfing.

Ägyptisches Doppelspiel

Die ägyptische Propaganda im Rundfunk Kairo fachte die schwelenden Funken an. Da sich Ismail Ashari und die führenden Politiker des Nordens einer politischen Bindung an Ägypten umso feindseliger zeigten, je näher der Tag der Selbständigkeit des Südens heranrückte, verstärkte Kairo die vorbereiteten Druckmittel. Zugleich aber hoffte Major Salah Salem, auf dem Wege einer freundschaftlichen Intervention in die

inneren Wirren des Südens, die Zukunft dieses Landes in ägyptenfreundlichem Sinne beeinflussen zu können. Vertreter der südlichen Sudanprovinzen wurden nach Kairo eingeladen. Sie beklagten sich dort über die Eingriffe der Khartoumregierung in die Angelegenheiten der südlichen Stämme. Wenn man dem Sender Kairo glauben darf, richteten sie sogar einen Appell an Major Salah Salem um ägyptische Intervention. Sie verlangten auch zum Schutze ihrer Interessen die Autonomie der südlichen Provinzen im Rahmen der sudanesischen Föderation.

Kairo begnügte sich allerdings nicht damit, im südlichen Sudan Unruhe zu stiften und dort den Eindruck zu erwecken, dass nur in der Vereinigung mit Ägypten das Heil der Südsudanesen liege. Die ägyptische Regierung scheint ein gefährliches und wenig schönes Doppelspiel getrieben zu haben: Vor wenigen Tagen warf der Sender Kairo der Khartoumregierung el Ashari's vor, sie habe das Angebot ägyptischer Hilfe für die Ausbildung ihrer Armee abgewiesen. Nur mit einer von ägyptischen Instrukteuren geschulten und starken Armee werde sie in der Lage sein, den Südsudan unterwürfig zu halten...

Politische Folgen

Militärisch war die Meuterei von untergeordneter Bedeutung. Politisch aber mag der Aufstand noch weitreichende Folgen haben. Die sudanesishe Regierung wird sich gezwungen sehen, die Wünsche und Beschwerden der südlichen Stämme besser in Rechnung zu stellen. Das bereits herrschende Misstrauen zwischen Khartoum und Kairo dürfte sich vertiefen. Die britische Regierung, die das Sudanabkommen mit der ägyptischen Offiziersjunta in der Hoffnung abgeschlossen hatte, sich ehrenvoll aus den durch das Kondominium immer wieder heraufbeschworenen Schwierigkeiten herausziehen zu können, wird mit doppeltem Misstrauen die von Kairo eingegangenen Verpflichtungen überwachen müssen. Für Sir Anthony Eden, der Sudan- und Suezabkommen mit Kairo als einen Erfolg der britischen Diplomatie vor dem Parlament verteidigt hatte, ist die letzte Entwicklung insofern eine Enttäuschung, als sie zumindest einem Teil der von seinen politischen Gegnern vorgebrachten Kritik Recht zu geben scheint. Das Sudanabkommen stellt weder eine effektive Protektion der zurückgebliebenen Bevölkerung des Südsudans dar, noch schützt es das neue Staatswesen vor den Intrigen und Einmischungen des mächtigeren Nachbarn im Norden, dessen Offiziersjunta die historisch und ethnisch ungerechtfertigte Lösung "Einheit des Niltals" unverändert aufrechtzuerhalten versucht.

* * *

Unangebrachte Standesrivalitäten

Zur Frage der zweckmäßigsten Organisation des Verteidigungsministeriums nimmt die folgende, von sachkundiger Seite stammende Zuschrift Stellung:

In der im Herbst anlaufenden Wehrgesetzgebung wird das Parlament über die Organisation der Streitkräfte und in diesem Zusammenhang auch über die Organisation des Verteidigungsministeriums zu beschließen haben.

Der Gedanke, diesen Problembereich aus der Organisationsgewalt der Bundesregierung auszuklammern und in die Hände der Legislative zu legen, ist für deutsche Verhältnisse neu. In der Schweiz und in USA dagegen ist die Lösung derartiger Organisationsfragen dem Parlament vorbehalten.

Selbstverständlich erfordert gerade die Leitung eines Verteidigungsministeriums, dessen Ausstrahlungen in alle Bereiche unseres öffentlichen Lebens gehen werden, eine Kontrolle von politisch verantwortlichen, starken Persönlichkeiten.

Bei den Überlegungen, in welcher Form die Organisation des Ministeriums im einzelnen erfolgt, sollte man sich aber allein von der Zweckmäßigkeit der Gesichtspunkte leiten lassen. Die Gebote der Zweckmäßigkeit aber werden verletzt, wenn bei der Einrichtung einer zivilen Kontrolle Laufbahnbeamte gegenüber Berufssoldaten oder Berufssoldaten gegenüber Laufbahnbeamten standespolitische Gesichtspunkte ausspielen.

Diese Standesgegensätze sind leider noch vorhanden. Sie stammen aus der Zeit des Absolutismus, als der Offiziersstand "der erste Stand des Staates" war und mit einer gewissen sozialen Mißachtung auf den zivilen Teil der "Staatsdiener" herabsah. Spätere Zeiten haben damit nur sehr unvollkommen aufräumen können. Die Entmachtung der Offiziere nach dem Zusammenbruch 1945 stärkte das Ansehen der Zivilbürokratie. Viele glauben nun, diese bevorzugte Stellung sei durch das Aufkommen einer neuen Offiziersachicht gefährdet. Im Verteidigungsministerium trifft die Rivalität dieser beiden "Staatsdienerklassen" sichtbar aufeinander.

Unterstützt durch die hinter ihnen stehenden mächtigen Standes-

24.8.1955

kräfte, wäre diese Konkurrenz oder Rivalität durchaus in der Lage, die zweckmäßige Organisation eines Verteidigungsministeriums zu gefährden.

Dieses Standesdenken findet in mancherlei Gestalt seine Ausprägung. Standespolitische Tendenzen sind vorherrschend, wenn Bestrebungen gefördert werden, die z.B. darauf abzielen, die militärischen Abteilungsleiter des Verteidigungsministeriums besser oder schlechter zu besolden als die zivilen oder wenn Tendenzen Auftrieb gegeben wird, die es mit der "Standesehre" eines Beamten (bzw. Berufssoldaten) für unerträglich halten, unter Leitung eines Berufssoldaten (bzw. Beamten) Dienst zu tun.

Es besteht der nicht ganz unbegründete Verdacht, dass derartige Wertvorstellungen jetzt dazu geführt haben, dass im Verteidigungsministerium noch keine gemischten militärisch-zivilen Abteilungen entstehen konnten.

Alle diese Standesvorurteile einer erstarrten Bürokratie wird man vorerst nicht so ohne weiteres beseitigen können, dafür sind die Gewichte der Tradition viel zu schwer. Aber die Kenntnis um diesen Jahrmarkt der Eitelkeiten wird das Parlament zu äußerster Wachsamkeit veranlassen müssen, gerade auch gegenüber allen Organisationsplänen, die die Regierung vorlegen wird.

* * *

Neue Stadt am Teutoburger Wald

Khb, Bielefeld

Bedächtigt führt Bauer Horstkötter den Pflug durch den staubigen Senneboden. Er treibt sein Pferd - ganz gegen seine Gewohnheit - nicht zur Eile an. Es ist, als genieße er jede Furche, mit der er einen Streifen Stoppelacker wendet. Über 40 Jahre hat er nun hier den Boden bestellt und Jahr für Jahr geschirpft, dass der Sand so wenig abwirft. Aber jetzt, da das Stoppelschälchen vermutlich die letzte Arbeit auf seinem Acker ist, ist es ihm auch wie ein letzter Dienst

Die Herren aus der Stadt dort hinter dem Teutoburger Wald waren schon mehrmals bei ihm und auch bei seinen Nachbarn. Zwar ist man sich nicht endgültig handelseinig geworden, - aber zu halten ist der Boden nicht mehr. Denn die Bielefelder haben es sich in den Kopf gesetzt: Die Wohnungsnot muss ein Ende haben! Und hier auf dem Heidesand der Gemeinde Senne II soll etwas in seiner Art ganz Neuartiges und Modernes entstehen: Die Sennestadt! Seit einer Woche ist es perfekt: Im Herbst wird mit den Aufschließungsarbeiten begonnen; im Sommer kommenden Jahres werden die ersten Häuser bezugsfertig sein. 3 400 Wohnungen und somit etwa 15 000 Einwohner wird die neue Stadt am Teutoburger Wald zunächst haben. Wahrscheinlich schon in drei, spätestens aber in vier Jahren soll dieser erste Bauschnitt erledigt sein. Das Wiederaufbauministerium des Landes Nordrhein-Westfalen hat sich bereiterklärt, die Aufschließung des Geländes und den Bau von 2 000 Wohnungen mit Mitteln des Landes weitgehend zu unterstützen. Die restlichen 1 400 Wohnungen müssen frei finanziert, bzw. im steuerbegünstigten Wohnungsbau errichtet werden.

Gesunde Basis Bielefeld

Interessenten sind genügend da. Bielefeld mit seinen 171 000 Einwohnern ist die Stadt in Nordrhein-Westfalen mit dem relativ größten Zuzug. Ihre Industrie, anziehend weit über Ostwestfalen hinaus, ist kerngesund. Bielefeld ist nach Hamburg die Stadt mit dem zweithöchsten Steuereinkommen pro Kopf der Bevölkerung im ganzen Bundesgebiet. Diese wirtschaftlich so gesunde Stadt kann aber nicht mehr freiatmen. Ihre Ausdehnungsmöglichkeit ist erschöpft. In den nächsten Jahrzehnten würden im Bielefelder Raum wilde Städte mit Texascharakter entstehen, wenn Sennestadt nicht aus dem Boden wüchse.

Deshalb haben Stadt und Landkreis Bielefeld, beide mit sozialdemokratischen Mehrheiten in den Gemeindeparlamenten und beide verantwortlich von sozialdemokratischen Oberhäuptern geführt, gleichermaßen großes Interesse an dem bisher einzigartigen Projekt. Deshalb werden sie auch beide gleichermaßen das finanzielle Risiko zu tragen haben. Gleich bei der Aufschließung des weitgehend bewaldeten Geländes will man einmal anders, etwa "amerikanisch", vorgehen. Erst sollen

die Kanalisation und die Straßen angelegt werden. Dann will man das Land sektorenweise an die örtlichen Gesellschaften zur Bebauung verkaufen.

Verkehrsordnung wie nirgends sonst

Städtebaulich gesehen, bietet die Sennestadt in Deutschland die erste und auf absehbare Zeit einzige Chance, all das praktisch zu verwirklichen, was nach Überwindung der Mietkasernen und Blockbebauung an modernen Erkenntnissen gewonnen worden ist. Hier besteht auch die Möglichkeit, durch höhere städtebauliche und technische Wohnformen zu einem besseren Leben beizutragen. Der Mietpreis soll je nach Dichte der Wohnungen nicht höher als 0,95 bis 1,15 DM für den Quadratmeter Wohnfläche betragen.

Die Sennestadt, an Autobahn, Eisenbahn und Bundesstraße gelegen, wird die erste Stadt ohne gefährliche Verkehrskreuzungen und ohne Verkehrsschilder sein. Lediglich farbige Bordsteine sollen Park- und Halteverbote kennzeichnen. Richtungsweiser werden in die Fahrbahn eingelassen. Der Stadtplan sieht aus wie das Gerippe eines Blattes, bei dem alle Adern zum Zentrum führen. So will man wenigstens in dieser Stadt dem Unfalltod weitgehend Paroli bieten. Die Netze der Fuß-, Fuß- und Radfahrwege sind derart einzeln in sich geschlossen, dass zum Beispiel ein Fußgänger aus dem Stadtkern bis in die Berge des Teutoburger Waldes wandern kann, ohne eine Verkehrsstraße überqueren, ohne Benzingeruch und Staub einatmen zu müssen. Von einem Ende der Stadt zum anderen werden es etwa zweieinhalb Kilometer sein. Der die Senne durchfließende Bullerbach wird im Stadtzentrum zu einem schönen See aufgestaut werden, an den die Stadthalle, Gaststätten, Hotels, Schwimmbad, Stadion und ein Zentralkino vorgesehen sind. Flache, hohe und Hochhäuser werden entstehen, und eines dieser Häuser wird vermutlich auch dem Bauern Horstkötter gehören, der eine Expedition betreiben will, mit Kraftwagen, aber auch mit seinem Pferd Liese, das jetzt vor dem Pflug die letzten Getreidestoppeln schält.

Verantwortlich: Peter Raunau